

II - 10722 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5392 /J

1990 -04- 11

A N F R A G E

der Abgeordneten Mag. Haupt, Dr. Ofner
an den Bundesminister für Justiz
betreffend ländliche Bezirksgerichte in Kärnten

Etliche Jahre lang wurden seitens des Bundesministeriums für Justiz ländliche Bezirksgerichte vermehrt einerseits zusammengelegt und andererseits auch geschlossen. Diese Maßnahmen wurden in den einzelnen Bundesländern mit sehr unterschiedlicher Intensität betrieben. Kärnten gehört zu den Ländern, die derzeit nur sehr wenige Bezirksgerichte besitzen. Die Bevölkerung hat dadurch heute nicht mehr in allen Bereichen die Möglichkeit, in der unmittelbaren Nähe des Wohnsitzes ihre Rechtsangelegenheiten vor einem Bezirksgericht zu regeln. Die räumliche Distanz des zuständigen Erstgerichtes und somit auch die geringere Kontaktmöglichkeit zwischen Gericht und Bevölkerung bringt einige gravierende Nachteile für die Rechtspraxis mit sich, die im Verhältnis zu möglichen Einsparungen doch gewichtig erscheinen.

Im Gegensatz zu der Entwicklung in Kärnten sind beispielsweise in Niederösterreich auch heute noch wesentlich mehr Bezirksgerichte vorhanden, die eine bessere Versorgung der Bevölkerung gewährleisten.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Justiz die nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Welche Bezirksgerichte wurden in Kärnten in den letzten Jahrzehnten zusammengelegt bzw. geschlossen?
- 2) Welcher Prozentsatz an Bezirksgerichten wurde in den einzelnen Bundesländern jeweils abgebaut?

- 3) Wieviele Einwohner entfallen rechnerisch in den einzelnen Bundesländern derzeit auf ein Bezirksgericht?
- 4) Werden Sie die Reaktivierung der stillgelegten Bezirksgerichte, insbesondere jener in Kärnten einleiten?
- 5) Wenn nein, warum nicht?
- 6) Wie rechtfertigen Sie es, daß der Bestand an Bezirksgerichten auch im Verhältnis zur Bevölkerungszahl in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich ist?
- 7) Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um eine gleichmäßigere Verteilung der Bezirksgerichte auf das gesamte Bundesgebiet zu gewährleisten? /